

048

Antrag zu Top 13 der vorgeschlagenen Tagesordnung

Datum	12.11.2021
Themenbereich	Top 13. Feststellung des Rücktritts oder Abwahl des bestehenden Bundesvorstands
Antragsteller	
Mitgliedsnummer	
Kontakt	
Gegenstand / Thema	Top 13. Feststellung des Rücktritts oder Abwahl des bestehenden Bundesvorstands
abstimmungsfähiger Wortlaut	<p>Der Bundesparteitag</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. stellt fest, welche und damit auch wie viele Mitglieder des 15-köpfigen Bundesvorstands zurückgetreten sind; 2. Er stellt weiter fest, ob damit mehr als die Hälfte der Bundesvorstandsmitglieder zurückgetreten sind und <ol style="list-style-type: none"> a) beschließt für diesen Fall die Neuwahl des gesamten Bundesvorstands unter Anwendung von § 12 Abs. 5 Satz 3 der Bundessatzung (<i>Tritt mehr als die Hälfte der Mitglieder des Bundesvorstandes zurück, so wird der gesamte Bundesvorstand gewählt.</i>) vorzunehmen; b) beschließt ansonsten, "Der ganze verbliebene Bundesvorstand wird mit sofortiger Wirkung abberufen bzw. abgewählt, um den Weg für Neuwahlen des gesamten Vorstandes frei zu machen."
Begründung	<p>Der Bundesvorstand ist seit langer Zeit zerrüttet und in seiner Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt.</p> <p>Auf einer Mediationsveranstaltung zur Befriedung der Situation vor der Bundestagswahl hatten sich die teilnehmenden Bundesvorstandsmitglieder selbstverpflichtet, den Weg für Neuwahlen des gesamten Vorstands auf dem nächsten Parteitag durch individuelle Rücktritte frei zu machen.</p> <p>Eine Nachfrage durch die BuPa-Org in der Bundesvorstandssitzung vom 08.11.21 ergab, dass zusätzlich zu den bereits zuvor</p>

zurückgetreten Bundesvorstandsmitgliedern weitere 6 (nämlich Andrea Henning, Oliver Schlutz, Dagmar Knuth, Alexander Harm, Viola Schäfer und John Stopfkuchen) zurücktreten werden; andere Bundesvorstandsmitglieder äußerten sich nicht oder waren nicht anwesend.

Da die abgegebene Selbstverpflichtung zum Rücktritt jedoch nur eine rechtsunverbindliche Absichtsbekundung basierend auf persönlicher Integrität darstellt, soll mit dem Antrag zur Feststellung und Beschlussfassung im Namen aller Mitglieder sichergestellt werden, daß der Parteitag auch wirklich einen gesamten Bundesvorstand neu wählt, und zwar auch dann, wenn plötzlich weniger als die Hälfte der Mitglieder des Bundesvorstands tatsächlich zurückgetreten sein sollte.